

4. III. 1919

## Der Übergang zur Markwährung.

Im Berliner Communiqué über die Verhandlungen, die Staatssekretär Dr. Otto Bauer in Weimar und Berlin geführt hat, findet sich auch ein Passus über die Frage der Markwährung. Es heißt dort, daß die Bedingungen für den Übergang Deutschösterreichs zur Markwährung sorgfältig geprüft und die unmittelbaren Vorsorgen für die nächste Zukunft voreinbart wurden.

Man geht wohl mit der Annahme nicht fehl, daß bei diesen Vereinbarungen hauptsächlich die formale Behandlung der Angelegenheit in Betracht kommt. Man dürfte sich darin geeinigt haben, zunächst das notwendige statistische Material bereitzustellen, um die sachlichen Grundlagen für die künftigen entscheidenden Auseinandersetzungen zu schaffen; weiters wird die Bildung von Fachkommissionen erörtert worden sein, die mit den Verhandlungen betraut werden sollen und endlich dürfte der Termin erörtert worden sein, zu welchem eine neueliche Zusammenkunft erfolgen wird.

Als sicher ist anzunehmen, daß die materiellen Fragen, wenn sie natürlich auch akademisch gestreift worden sind, keineswegs den Gegenstand eines Beschusses gebildet haben. Das ist schon deshalb ausgeschlossen, weil der Valutareferent Ministerialrat Doktor v. Thaa mit Arbeiten im Zusammenhange mit der Notensteinstempelung überbürdet und daher in Wien festgehalten, an den Weimarer und Berliner Verhandlungen nicht teilnehmen konnte. Daher kann auch die fundamentale Frage des Beziehungsvertrages der Krone zur Mark über unverbindliche Pourparlers hinaus nicht gediehen sein. Staatssekretär Dr. Steinwender hat kürzlich erklärt, daß die deutsch-österreichische Regierung einen Umrundungsrat von 3:2 anstrebe, und da kann man sich wohl denken, daß dieser Wunsch den Ausgangspunkt der, wie schon betont, unverbindlichen Grörterungen gebildet hat.